



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

GDW BEGRÜSST ENTSCHEIDUNG DES BUNDESRATS ÜBER WOHNGELDERHÖHUNG

04.07.2008 Fachinformation

Rund 800.000 Haushalte in Deutschland erhalten ab dem 1. Januar 2009 mehr Wohngeld. Der Bundesrat stimmte dem Gesetzesvorhaben zur Erhöhung des Wohngelds für Geringverdiener und Rentner am 4. Juli zu. "Menschen mit geringerem Einkommen, die in den letzten sieben Jahren auf eine sachgerechte Anpassung der ihnen rechtlich zustehenden staatlichen Unterstützung verzichten mussten, werden durch die Wohngelderhöhung entlastet", begrüßte Lutz Freitag, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen die Beschlussfassung im Bundesrat. Es sei gut, dass Bund und Länder die Novelle gemeinsam auf den Weg gebracht hätten. Besonders hervorzuheben sei die Einführung der Heizkostenkomponente. Seit dem Jahr 2000 seien die Verbraucherpreise für Gas, Heizöl und andere Haushaltsenergie um rund 80 Prozent gestiegen. Die Heizkostenkomponente trage dieser Entwicklung Rechnung. Künftig würden bei der Berechnung des Wohngeldes die Heizkosten mit 50 Cent pro Quadratmeter Wohnfläche als Teil der Miete berücksichtigt. Nach Berechnungen des BMVBS stünden einem Wohngeldempfänger, der heute 90 Euro erhalte, ab dem 1. Januar 2009 rund 140 Euro zu. Dies seien 50 Euro mehr als bisher. Der Anteil der Heizkosten beläufe sich dabei auf ca. 20 Euro. Damit mache die Heizkostenkomponente etwa ein Drittel der Wohngelderhöhung aus. Das Gesetz soll zum 1. Januar 2009 in Kraft treten.

<https://bbu.de/beitraege/gdw-begruesst-entscheidung-des-bundesrats-ueber-wohngelderhoehung>